

Daniel Graewe (Hrsg.)

ESG (Textsammlung)

CSRD

EU-Umwelntaxonomie

LkSG

CSDDD (Entwurf)

SFDR

und viele weitere Texte

Compliance Berater

ESG (Textsammlung)

CSRD
EU-Umwelttaxonomie
LkSG
CSDDD (Entwurf)
SFDR
und viele weitere Texte

Daniel Graewe (Hrsg.)

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

I S B N 978-3-8005-1877-7

dfv' Mediengruppe

© 2023 Deutscher Fachverlag GmbH, Fachmedien Recht und Wirtschaft, Frankfurt am Main
www.ruw.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, Backnang

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	1
II.	United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)	13
III.	EU-Green-Deal	53
IV.	Sustainability Finance Disclosure Regulation (SFDR).....	79
V.	EU-Umwelttaxonomie-VO	101
VI.	Non-Financial Reporting Directive (NFRD).....	141
VII.	Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD).....	151
VIII.	Corporate Sustainability Due Diligence Directive – (CSDDD) (Entwurf). .	235
IX.	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)	275
X.	Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK).....	293
XI.	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	307
XII.	Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)	325
XIII.	Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)	337
XIV.	Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).....	405
XV.	EU-Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung-VO (EMAS-VO) . .	489
XVI.	Umweltauditgesetz (UAG)	545
XVII.	Konfliktmaterialien-VO	571

I. Einleitung

A. EINFÜHRUNG

Nachhaltigkeit ist ein weit gefasster Begriff, der sich auf die Fähigkeit der menschlichen Gesellschaft bezieht, so mit ihrer Umwelt zu koexistieren, dass die Ressourcen unseres Planeten erhalten bleiben und die Bedürfnisse der heutigen sowie der zukünftigen Generationen erfüllt werden. Nachhaltigkeit umfasst damit ein breites Spektrum an Themen, darunter Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und kulturelle Bewahrung.

I. ESG und Nachhaltigkeit

Drei Schlüsselfaktoren, die zur Operationalisierung der Nachhaltigkeit herangezogen werden, lauten dabei „ESG“, was für Environment (Umwelt), Social (Soziales) und Governance (Unternehmensführung und -kontrolle) steht. ESG-Faktoren berücksichtigen eine ganze Reihe von Themen im Zusammenhang mit der Umwelt, der sozialen Gerechtigkeit und der Unternehmensführung, angefangen von der Verringerung von Treibhausgasemissionen, über die Achtung von Menschenrechten bis hin zur Vergütung der Geschäftsleitung eines Unternehmens.

Obwohl ESG und Nachhaltigkeit eng miteinander verknüpft sind, existieren auch einige wichtige Unterschiede zwischen diesen beiden Begriffen. ESG befasst sich z. B. in erster Linie mit den Auswirkungen von Investitionen und Unternehmen auf die Umwelt, die Gesellschaft und die Unternehmensführung, während Nachhaltigkeit einen ganzheitlicheren Ansatz verfolgt, der die breiteren Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf den Planeten und seine Bewohner berücksichtigt. Während ESG häufig als Instrument zur Bewertung von Investitionen und Unternehmen verwendet wird, ist Nachhaltigkeit eher als Ziel oder Ideal zu verstehen, das die Entscheidungsfindung und das Handeln in einer Reihe von Sektoren und Disziplinen leitet.

II. Entwicklung von ESG

Das ESG-Konzept existiert zwar schon seit vielen Jahren, aber die Regulierung von ESG ist erst in jüngster Zeit zu einer Priorität für Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) auf der ganzen Welt geworden.

a. Historisch

Die Geschichte der ESG-Regulierung lässt sich bis in die frühen 1900er Jahre zurückverfolgen, als die ersten Gesetze zur Regulierung – und damit Begrenzung – der Umweltverschmutzung in den Vereinigten Staaten von Amerika erlassen wurden. Diese Gesetze zielten darauf ab, die Menge an Schadstoffen zu begrenzen, die von der Industrie in die Luft und das Wasser emittiert werden durften.

In den 1960er und 1970er Jahren wuchs dann auch das Bewusstsein für soziale Fragen im Zusammenhang mit Unternehmenspraktiken, wie Arbeitsschutz, Menschenrechten und die Behandlung von Minderheiten. Dies führte zur Entwicklung verschiedener Social-Impact-Investing-Ansätze, die darauf abzielten, Investitionen in Unternehmen zu fördern, die sozial verantwortlich handeln. Im Jahr 1970 kam es dann schließlich zur Gründung der Environmental Protection Agency (EPA) – vier Jahre, bevor in der Bundesrepublik am 22. Juli 1974 das Umweltbundesamt (UBA) aus der Taufe gehoben wurde. Die EPA spielt in

I. Einleitung

den USA seitdem – ebenso wie das UBA in Deutschland – eine entscheidende Rolle bei der Regulierung von Umweltfaktoren im Zusammenhang mit den ESG-Kriterien. Mit fast 2.000 Mitarbeitern ist das UBA dazu auch noch die größte Umweltbehörde Europas.

Die erste Welle von ESG-Regulierungen im engeren Sinne fand dann in den 1990er Jahren statt, die im Ergebnis im Jahr 2006 bei den Vereinten Nationen in die Principles for Responsible Investments (PRI) mündeten. Bei den PRI handelt es sich um eine Reihe freiwilliger Grundsätze, die institutionelle Anleger dazu ermutigen sollten, ESG-Faktoren in ihre Anlageentscheidungen einzubeziehen. Die PRI hatten sich dann in der Folge zu einem Maßstab für ESG-Investitionen entwickelt, denen sich bis heute mehr als 4.000 institutionelle Anleger angeschlossen haben.

Auch die Entwicklung von ESG in der Europäischen Union (EU) kann sich vor diesem Hintergrund durchaus sehen lassen. Im letzten Vierteljahrhundert hat die EU verschiedene Schritte zur Förderung von Nachhaltigkeit und verantwortungsvollen Geschäftspraktiken unternommen. Den Anfang machte dabei im Jahr 2001 die erste EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung (EU SDS) der Europäischen Kommission, die einen Rahmen für die Integration von Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik festlegte. Nur wenige Jahre später, nämlich 2006, veröffentlichte die Kommission dann ihre Mitteilung über die soziale Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR), in der sie die Bedeutung der CSR für eine nachhaltige Entwicklung hervorhob und die Unternehmen zu verantwortungsvollen Geschäftspraktiken aufforderte. Seitdem machte die EU in immer schnellerer Folge Fortschritte in Sachen Nachhaltigkeit: Im Jahr 2009 wurde der Vertrag von Lissabon angenommen, der eine Verpflichtung zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung enthält und die Bedeutung der ESG-Prinzipien anerkennt. Schon zwei Jahre später startete die Kommission dann die Initiative für nachhaltige Finanzen, die darauf abzielte, privates Kapital für nachhaltige Investitionen zu mobilisieren und die Entwicklung von nachhaltigen Finanzprodukten zu unterstützen. Einen Meilenstein stellte dann im Jahr 2013/14 die Verabschiedung der Richtlinie zur nicht-finanziellen Berichterstattung dar (zunächst die Corporate Social Responsibility Directive, sog. CSR-Richtlinie, die im Jahr 2017 in Non-Financial Reporting Directive, NFRD, umbenannt wurde), die große Unternehmen verpflichtete, Informationen über ihre Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungspolitik und -praktiken offenzulegen.

Nur ein Jahr später riefen dann die Vereinten Nationen die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ins Leben, die darauf abzielten, eine nachhaltige Zukunft für alle Menschen zu erreichen, indem sie die dringendsten Herausforderungen der Welt angehen, darunter Armut, Ungleichheit, Klimawandel und Umweltzerstörung. Die 17 SDGs haben auch eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der ESG-Regulierung gespielt, da Regierungen und Organisationen auf der ganzen Welt sie in ihre Richtlinien und Praktiken aufgenommen haben. Im gleichen Jahr, 2015, nahm die EU dann auch das Pariser Abkommen zum Klimawandel an und verpflichtete sich, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.

Die „Neuzeit“ der ESG-Entwicklung wurde dann durch das Jahr 2018 eingeläutet, als die EU die Verordnung über die Offenlegung nachhaltiger Finanzinstrumente (Sustainable Finance Disclosure Regulation, SFDR) einführte, die Finanzinstitute dazu verpflichtete, Informationen über die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Investitionen offenzulegen. Die SFDR zielte darauf ab, mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht bei ESG-Investitionen zu fördern, und legte einen Fahrplan für die Integration von Nachhaltigkeit in das Finanzsystem und die Steigerung von Investitionen in nachhaltige Projekte fest. An die SFDR schloss sich dann im Jahr 2019 die EU-Taxonomie-Verordnung an, die ein Klassifizierungssystem für nachhaltige Aktivitäten einführt und darauf abzielte, Investitionen in

ökologisch nachhaltige Projekte zu lenken. Eingekleidet wurde diese Bemühungen in Europa schließlich durch den sog. „European Green Deal“ im Jahr 2020, nach dem die Wirtschaft der EU bis zum Jahr 2050 nachhaltig und kohlenstoffneutral umgebaut werden soll. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Geschichte der ESG-Regulierung über ein Jahrhundert zurückreicht, aber erst in den letzten Jahren ist sie für Regierungen und Organisationen auf der ganzen Welt zu einer Priorität geworden. Diese Entwicklung spiegelt das wachsende Bewusstsein für die Auswirkungen von Geschäftspraktiken auf die Umwelt und die Gesellschaft wider und für die Notwendigkeit, ökologische und soziale Fragen anzugehen. Damit wird das Konzept einer „verantwortungsvollen Unternehmensführung“ erst mit Leben gefüllt.

b. Geographisch

In den USA wurde ESG in der Vergangenheit in erster Linie von sich sozial verantwortlich fühlenden Investoren und Interessengruppen vorangetrieben, wobei der Schwerpunkt auf ethischen Investitionen und Desinvestitionen auf dem Kapitalmarkt lag. In den letzten Jahren ist jedoch das Interesse auch von Mainstream-Investoren, Kleinanlegern und Unternehmen an ESG gestiegen, angetrieben durch Faktoren wie Risikomanagement, Reputation, langfristige Wertschöpfung – aber auch gesetzlicher Regulierung. In Europa hat sich ESG in der Vergangenheit hingegen vor allem auf Umweltfaktoren wie Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt konzentriert. Die Bedeutung sozialer und Governance-Faktoren, wie Menschenrechte und Vielfalt in den Leitungsorganen, wird jedoch auch hier zunehmend thematisiert. Die Entwicklung von ESG in Asien ist hingegen jünger als diejenige in Europa und den USA, wobei das Interesse an ESG in den letzten zehn Jahren auch dort zugenommen hat. In der Vergangenheit wurde ESG in Asien in erster Linie von den hiesigen Regulierungsbehörden vorangetrieben, wobei der Schwerpunkt auf der Unternehmensführung und Umweltfaktoren wie Luftverschmutzung und Wasserknappheit lag.

III. Zukunft von ESG

Der kurze Abriss der Entwicklungsgeschichte von ESG hat bereits gezeigt, dass sich der Bereich der Nachhaltigkeit in der Vergangenheit ständig weiterentwickelt hat. Diese Tendenz wird aller Voraussicht nach auch in der Zukunft anhalten. Sustainability ist ein Megatrend, der nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft langfristig prägen wird.

In der Wirtschaft werden wir in den nächsten Jahren insoweit eine – dringend notwendige – Standardisierung erleben. Insbesondere im Hinblick auf die ESG-Berichterstattung und das ESG-Rating ist dies auch dringend notwendig und die in diesem Jahr erwarteten European Sustainability Reporting Standards (ESRS) werden hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Hier spielt auch insbesondere der zunehmende Einsatz von Technologie eine wichtige Rolle: Unternehmen, Investoren, Stimmrechtsberater und Rating-Agenturen nutzen zunehmend Datenanalysen, maschinelles Lernen und andere Tools, um ESG-Kennzahlen zu messen und darüber zu berichten. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich fortsetzen, wobei die Technologie und die Standardisierung eine Schlüsselrolle beim Vorantreiben der ESG-Agenda spielen werden. Eine entsprechende Standardisierung und damit auch einfachere (automatisierte) Analyse wird Investoren, Banken, Kunden und anderen Stakeholdern helfen, Unternehmen hinsichtlich ihrer ESG-Performance leichter zu vergleichen und fundiertere Handlungsentscheidungen zu treffen. Durch die fortschreitende Standardisierung wird es dann auch einfacher möglich sein, ESG unkomplizierter in die Finanzberichterstattung eines Unternehmens zu integrieren. Viele Gesellschaften haben insoweit schon damit begonnen, ESG-Kennzahlen in ihre Lageberichte und andere Finanzinformationen

I. Einleitung

mit aufzunehmen. Die im nächsten Jahr in nationales Recht umzusetzende CSRD wird diesen Trend weiter befeuern und die 50.000 größten Unternehmen in der EU zu einer entsprechenden Nachhaltigkeitstransparenz verpflichten. Insbesondere die Übergangsphase in den nächsten Jahren wird dabei geprägt sein von einer besonderen Betonung der sozialen Faktoren: standen bislang besonders Umweltfaktoren im Mittelpunkt des regulatorischen Interesses, so wird zunehmend die Bedeutung sozialer Themen wie der Einhaltung von Menschenrechten in den internationalen Lieferketten, Diversität und das Wohlergehen der Mitarbeiter von den Unternehmen angegangen werden. Es ist daher zu erwarten – und insoweit auch schon durch das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) bzw. die zukünftige europäische Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD, sog. „EU-Lieferkettengesetz“) – bestätigt, dass diese ESG-Faktoren in Zukunft mehr Gewicht erhalten werden.

Dazu kommt eine – schon begonnene – Änderung des Blickwinkels: spielte bislang die „Outside-In“ Perspektive die dominierende Rolle in Sachen ESG, also die Frage, wie sich etwa die Umwelt auf die Geschäftstätigkeit auswirken könnte, so ist nunmehr die „Inside-Out“ Perspektive ebenso maßgeblich und damit die Frage, welche Auswirkungen die Geschäftstätigkeit auf Umwelt und Soziales hat. Es ist daher zu erwarten, dass die positiven Auswirkungen der ESG-Initiativen von Unternehmen auf die Gesellschaft stärker gemessen und in der Berichterstattung berücksichtigt werden und dass der Schwerpunkt stärker darauf liegt, positive Veränderungen durch ESG voranzutreiben (und natürlich schädliche Auswirkungen entsprechend zu reduzieren).

IV. Nachteile der Nachhaltigkeit

Jede Medaille hat allerdings zwei Seiten. Während die ESG-Regulierung der Wirtschaft viele Vorteile bringen kann (allein die International Labour Organization (ILO) geht davon aus, dass in den nächsten zwanzig Jahren bis zu 60 Millionen neue Arbeitsplätze weltweit durch mehr Nachhaltigkeit geschaffen werden können), gibt es auch potenzielle Nachteile, die ebenfalls nicht unerwähnt bleiben sollten.

Ein wichtiger Nachteil der ESG-Regulierung ist, dass sie zusätzliche Kosten für die Analyse, Umsetzung und Einhaltung der neuen Vorschriften für Unternehmen verursacht. Unternehmen müssen in neue Berichts- und Überwachungssysteme investieren, zusätzliche Mitarbeiter einstellen und neue Richtlinien und Verfahren einführen, um die ESG-Standards einzuhalten. Dies wird eine signifikante finanzielle Belastung darstellen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die nach COVID19-Pandemie, Ukrainekrieg, Inflation und Zinsanstieg (um nur einige Faktoren zu nennen) nicht immer über die notwendigen Ressourcen verfügen werden, um in die ESG-Compliance zu investieren.

Ein weiterer Nachteil der ESG-Regulierung besteht darin, dass sie zusätzliche regulatorische Belastungen für Unternehmen schafft. Alleine in den letzten vier Jahren sind in der EU und Deutschland über 170 neue Regulierungen im Nachhaltigkeitsbereich aufgelaufen und die Taktung sowie Eingriffsintensität neuer Gesetzgebungsvorhaben steigt stetig weiter an. Unternehmen müssen sich vor diesem Hintergrund schon heute durch ein komplexes Geflecht von ESG-Standards und -Anforderungen arbeiten, was zeitaufwändig ist und nicht selten verwirrend sein kann. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass ESG-Regelungen übermäßig regulierend und/oder unflexibel sind, was Innovationen hemmt und es Unternehmen erschwert, sich an veränderte Marktbedingungen anzupassen.

Schließlich besteht auch das Risiko, dass die ESG-Regulierung dazu führen kann, dass sich Unternehmen zu sehr auf die Einhaltung von ESG-Standards konzentrieren, was höchstwahrscheinlich auf Kosten anderer wichtiger Geschäftsbereiche wie Investitionen in For-

schung und Entwicklung oder die Expansion in neue Märkte gehen würde. Darüber hinaus können ESG-Regulierungen zu einem Wettbewerbsnachteil für Unternehmen führen, die in Regionen mit weniger strengen ESG-Standards tätig sind, was zu wirtschaftlichen Ineffizienzen und Verzerrungen führen könnte. Oftmals wird insoweit schon heute der einfachere Weg der Abwanderung in das weniger regulierte Ausland gewählt.

B. INHALT

Diese „Textsammlung ESG“ fasst die wichtigsten Materialien im Bereich Nachhaltigkeit in einem handlichen Werk zusammen. Im Folgenden sollen diese Materialien kurz vorgestellt und in einen größeren Entwicklungszusammenhang eingeordnet werden.

I. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen ([UN] SDGs) sind eine Reihe von 17 globalen Zielen, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2015 als Teil der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung angenommen wurden. Die SDGs sind ein universeller Aufruf zum Handeln, um die Armut zu beenden, den Planeten zu schützen und sicherzustellen, dass alle Menschen in Frieden und Wohlstand leben können. Die SDGs sollen integriert und unteilbar sein und wirtschaftliche, soziale sowie ökologische Nachhaltigkeit in Einklang bringen. Ihre Entwicklung erfolgte im Rahmen eines Konsultationsprozesses, an dem Regierungen, gesellschaftliche Akteure und der Privatsektor beteiligt waren; diese orientierten sich an den Ergebnissen der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ([UN] MDGs), die von 2000 bis 2015 in Kraft waren. Die SDGs bauen insofern auf den Errungenschaften der und den Erfahrungen mit den MDGs auf und sind umfassender, anspruchsvoller und universeller angelegt. Sie sollen konkret die globalen Entwicklungsbemühungen bis zum Jahr 2030 leiten und als Rahmen für die Messung der Fortschritte bei der nachhaltigen Entwicklung dienen. Die SDGs werden zunehmend von Regierungen, internationalen Organisationen, Unternehmen und auch der Zivilgesellschaft als gemeinsame Sprache und gemeinsame Vision für nachhaltige Entwicklung übernommen. Die SDGs sind damit bereits jetzt in vielen Sektoren und Ländern zu einem wichtigen Bezugspunkt für die Politikgestaltung, Programmgestaltung und Folgenabschätzung geworden; auch in der Wirtschaft. Die Nachhaltigkeitsziele spielen dabei insbesondere eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung von Ressourcen und der Schaffung von Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung: sie rufen zu verstärkten Investitionen in nachhaltige Infrastruktur, Innovation sowie sozialen Schutz auf und fördern Partnerschaften zwischen Regierungen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Die SDGs werden daneben auch zunehmend als Grundlage für öffentlich-private Partnerschaften, Impact Investing und andere innovative Finanzierungsmechanismen genutzt, die darauf abzielen, Ressourcen für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren. Damit bilden die SDGs einen umfassenden und ehrgeizigen Rahmen für nachhaltige Entwicklung, der als gemeinsame Sprache und gemeinsame Vision für die globalen Entwicklungsbemühungen dienen soll. Sie spielen so eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Politik, der Mobilisierung von Ressourcen und der Schaffung von Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung.

I. Einleitung

II. EU Green Deal

Der Europäische „Grüne Deal“ (EU Green Deal), in Anlehnung an den „New Deal“, eine Serie von Wirtschafts- und Sozialreformen, die in den 1930er Jahren unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise in den USA umgesetzt wurden, ist ein umfassender und ehrgeiziger Plan für die Europäische Union (EU), um bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in ganz Europa zu erreichen. Der Green Deal wurde von der Europäischen Kommission im Dezember 2019 angekündigt und hat sich seitdem zum Flaggschiff der EU für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen entwickelt. Er zielt darauf ab, die EU in eine ressourceneffiziente und wettbewerbsfähige Wirtschaft umzuwandeln, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln und die Treibhausgasemissionen der EU auf null zu reduzieren. Die Entwicklung erfolgte im Rahmen eines Konsultationsprozesses, an dem Interessengruppen aus der gesamten EU beteiligt waren, darunter Regierungen, Unternehmen, NGOs und Vertreter der Wissenschaft. Er wurde im Dezember 2019 von der Europäischen Kommission angenommen und vom Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union gebilligt. Dabei verfolgt er zwei Hauptbereiche: Zum einen das – bereits angesprochene – Erreichen von Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 durch eine Reihe von legislativen und regulatorischen Maßnahmen, darunter ein EU-weites Emissionshandelssystem, eine Kohlenstoffgrenzsteuer und eine Überprüfung der EU-Klima- und Energiegesetzgebung. Zum anderen den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, die Abfälle minimiert und die effiziente Nutzung von Ressourcen maximiert, unter anderem durch die Einführung neuer Rechtsvorschriften für Produktdesign, Abfallmanagement und Recycling. Der Green Deal spielt damit eine zentrale Rolle in der politischen Agenda der EU und ist zur Grundlage für eine Reihe von Gesetzes- und Regulierungsinitiativen geworden, darunter das EU-Klimagesetz, der EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und die EU-Strategie für biologische Vielfalt. Er ist auch ein wichtiger Bezugspunkt für die Außenpolitik der EU, da er die Position der EU in internationalen Klimaverhandlungen beeinflusst und ihre Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik wesentlich prägt. Daneben umfasst er auch eine Reihe anderer Initiativen und politischer Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele, darunter Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und nachhaltige Mobilität sowie Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt, zur Gewährleistung einer nachhaltigen Landwirtschaft und zur Unterstützung des Übergangs zu einer digitalen und nachhaltigen Wirtschaft.

III. Sustainability Finance Disclosure Regulation (SFDR)

Die Verordnung über die Offenlegung nachhaltiger Finanzprodukte (Sustainable Finance Disclosure Regulation, SFDR) ist eine von der EU im März 2021 eingeführte Verordnung zur Förderung der Nachhaltigkeit im Finanzsektor. Die SFDR verlangt von Finanzmarktteilnehmern und Finanzberatern, offenzulegen, wie sie ESG-Faktoren in ihre Anlageentscheidungsprozesse integrieren, und mehr Transparenz über die Nachhaltigkeitsmerkmale ihrer Anlageprodukte zu schaffen. Sie ist dabei Teil eines umfassenderen EU-Aktionsplans für nachhaltige Finanzen, der darauf abzielt, privates Kapital in nachhaltige Investitionen zu lenken und die Klima- und Nachhaltigkeitsziele der EU zu erreichen. Die SFDR wurde im Rahmen eines Konsultationsprozesses entwickelt, an dem Stakeholder aus dem gesamten Finanzsektor beteiligt waren, darunter Vermögensverwalter, Banken, Versicherer und Pensionsfonds, sowie die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft. Gemäß der SFDR müssen Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater eine Reihe von Angaben darüber machen, wie sie ESG-Faktoren in ihre Anlageentscheidungen einbeziehen. Dazu gehören

Informationen über das Ausmaß, in dem ESG-Faktoren berücksichtigt werden, die zur Bewertung von ESG-Risiken und -Chancen angewandte Methodik und die potenziellen Auswirkungen von ESG-Risiken auf die Anlageperformance. Die Finanzmarktteilnehmer müssen auch Informationen zu den Nachhaltigkeitsmerkmalen ihrer Anlageprodukte offenlegen, einschließlich der Frage, wie sie mit der EU-Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten in Einklang stehen. Die SFDR soll damit eine größere Transparenz und Konsistenz bei der Offenlegung von ESG-Informationen durch die Finanzmarktteilnehmer fördern und dadurch Anlegern ermöglichen, fundiertere Anlageentscheidungen auf der Grundlage von ESG-Erwägungen zu treffen. Außerdem soll die SFDR gleiche Wettbewerbsbedingungen für nachhaltige Anlageprodukte schaffen und Greenwashing, also die falsche Darstellung der Umweltvorteile eines Anlageprodukts, verhindern. Die SFDR hat bereits erhebliche Auswirkungen auf den Finanzsektor, da viele Finanzmarktteilnehmer und Berater ihre ESG-Richtlinien und Berichterstattungspraktiken überarbeitet haben, um die Verordnung zu erfüllen. Es wird insofern erwartet, dass die SFDR die Nachfrage nach nachhaltigen Anlageprodukten auch weiterhin ankurbeln wird, da sich zum einen die Anleger der Nachhaltigkeitseigenschaften der von ihnen getätigten Investitionen stärker bewusst werden, zum anderen aber auch aufgrund der Regulierung nicht-nachhaltige Anlagen, die hierdurch unattraktiver gemacht werden.

IV. EU-Umwelttaxonomie-VO

Die sog. „EU-Umwelt-Taxonomie“ ist ein Klassifizierungssystem in Form einer Verordnung, das von der EU entwickelt wurde, um eine gemeinsame Sprache und einen gemeinsamen Rahmen für die Identifizierung und Definition von ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten zu schaffen. Die EU-Taxonomie ist eine Schlüsselkomponente des EU-Aktionsplans für nachhaltige Finanzen im Rahmen der SFDR, der darauf abzielt, privates Kapital für nachhaltige Investitionen zu mobilisieren und die Klima- und Nachhaltigkeitsziele der EU zu unterstützen, indem sie Finanzmarktteilnehmer und Berater verpflichtet, offenzulegen, inwieweit ihre Anlageprodukte an der Taxonomie ausgerichtet sind. Die EU-Taxonomie enthält technische Prüfkriterien für Wirtschaftstätigkeiten, die zu sechs Umweltzielen beitragen: Abschwächung des Klimawandels, Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen, Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung sowie Schutz und Wiederherstellung von Biodiversität und Ökosystemen. Sie wurde als dynamisches und sich weiterentwickelndes System konzipiert, wobei die Kriterien regelmäßig auf der Grundlage wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse überprüft und aktualisiert werden. Die EU-Taxonomie soll den Finanzmarktteilnehmern einen Rahmen bieten, um die ökologische Nachhaltigkeit ihrer Investitionen zu bewerten, und den politischen Entscheidungsträgern die Möglichkeit geben, Bereiche zu ermitteln, in denen weitere politische Maßnahmen zur Unterstützung nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten erforderlich sind. Damit hat sie bereits jetzt erhebliche Auswirkungen auf den Finanzsektor, da viele Finanzmarktteilnehmer die Taxonomie als Referenzpunkt für ihre nachhaltigen Anlagestrategien und -produkte verwenden. Damit unterstützt die EU-Taxonomie auch indirekt die Entwicklung grüner Anleihemärkte und anderer nachhaltiger Finanzinstrumente, indem sie eine klare und einheitliche Definition dessen liefert, was eine grüne oder nachhaltige Investition ausmacht.

I. Einleitung

V. Non-Financial Reporting Directive (NFRD)

Die Richtlinie über die nichtfinanzielle Berichterstattung (Non-Financial Reporting Directive, NFRD) ist eine von der EU im Jahr 2014 eingeführte Norm, die große (ab 500 Mitarbeitern), in der EU tätige Unternehmen dazu verpflichtet, in ihren Jahresberichten bestimmte nicht-finanzielle Informationen über ihre Umwelt-, Sozial- und Governance-Leistungen offenzulegen. Sie zielt darauf ab, die Transparenz und Rechenschaftspflicht dieser Unternehmen in Bezug auf ihre ESG-Leistung zu verbessern und sie zu ermutigen, Nachhaltigkeitsüberlegungen in ihre Geschäftsstrategien zu integrieren. Hierzu werden die betroffenen Unternehmen verpflichtet, Informationen über ihre Politik, Risiken und Ergebnisse in den Bereichen Umweltschutz, soziale Verantwortung sowie Arbeitnehmer- und Menschenrechte offenzulegen, sowie über ihre Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung zu berichten. Im März 2021 schlug die Europäische Kommission eine Überarbeitung der NFRD vor, um einige der Schwächen der aktuellen Richtlinie zu beheben und diese auszuweiten. Die vorgeschlagene Überarbeitung zielte darauf ab, die NFRD mit der umfassenderen EU-Agenda für nachhaltige Finanzen in Einklang zu bringen und die ESG-Berichterstattung von Unternehmen über verschiedene Rechtsordnungen hinweg einheitlicher, vergleichbarer und weitgehender zu gestalten, insbesondere was den Anwendungsbereich betrifft, der nun auch kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) umfassen sollte.

VI. Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)

Die EU-Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) ist ein wesentlicher Baustein, um im Rahmen der Green Deal-Strategie die Qualität und Konsistenz der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der EU zu verbessern. Sie wurde von der Europäischen Kommission im April 2021 als Teil ihres umfassenderen Aktionsplans für nachhaltige Finanzen vorgeschlagen und löste im November 2022 die bestehende Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung (NFRD) ab; sie muss damit bis Mitte 2024 in das jeweilige nationale Recht der EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Die CSRD baut zwar auf der NFRD auf, geht aber wesentlich über diese hinaus. Dies gilt nicht nur für den Anwendungsbereich der Vorschrift, die nunmehr auch KMU mit einbezieht. Sondern auch was die Berichtspflichten von Nachhaltigkeitsaspekten betrifft, die Unternehmen verpflichten, über ihre Nachhaltigkeitsrisiken, -auswirkungen und -chancen zu berichten – was freilich voraussetzt, dass es auch etwas in den Unternehmen zu berichten gibt und was dementsprechend von der CSRD mit intendiert ist. Die CSRD zielt auch darauf ab, die Konsistenz und Vergleichbarkeit der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu verbessern, indem neue Berichtsstandards genutzt werden, die European Sustainability Reporting Standards (ESRS).

VII. Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD – Entwurf)

Die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit (Corporate Sustainability Due Diligence, CSDDD) ist derzeit ein Richtlinienentwurf der EU, der Unternehmen dazu verpflichten soll, ESG-Risiken in ihren Lieferketten zu erkennen und zu vermeiden; in Anlehnung an das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (vgl. unten) wird es auch „EU-Lieferkettengesetz“ genannt. Die CSDDD wurde im April 2021 von der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Sie ist Teil der Bemühungen

der EU, nachhaltige Geschäftspraktiken zu fördern und Menschenrechtsverletzungen, Abholzung von Wäldern und andere negative ökologische und soziale Auswirkungen im Zusammenhang mit globalen Lieferketten zu bekämpfen. Die Richtlinie, die sich derzeit noch im Entwurfsstadium befindet, würde Unternehmen dazu verpflichten, ihre Lieferketten einer Sorgfaltsprüfung zu unterziehen und alle festgestellten negativen Auswirkungen zu beseitigen. Nach der CSDDD sollen in der EU tätige Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mindestens 40 Millionen Euro verpflichtet werden, die ökologischen und sozialen Risiken und Auswirkungen ihrer Tätigkeiten und Wertschöpfungsketten zu ermitteln, zu vermeiden, zu mindern und darüber Rechenschaft abzulegen. Das vorgeschlagene Gesetz deckt eine Reihe von Themen ab, darunter Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Korruption, Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden und Klimawandel. Die CSDDD ist aus Sicht der Kommission ein wichtiger Schritt zur Förderung verantwortungsvoller Geschäftspraktiken und zur Sicherstellung, dass Unternehmen für ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen entlang ihrer internationalen Lieferketten für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden. Sie hätte damit das Potenzial, erhebliche positive Auswirkungen auf die Menschenrechte, die Umwelt und die nachhaltige Entwicklung zu haben, und könnte dazu beitragen, den Übergang zu einer nachhaltigeren und gerechteren Weltwirtschaft zu fördern. Auf der anderen Seite würden dadurch erhebliche Mehrbelastungen für die europäische Wirtschaft entstehen, da kein anderer großer Wirtschaftsraum auf der Welt die Einführung solch weitgehender Regelungen plant.

VIII. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) ist ein deutsches Gesetz, das im Jahr 2021 verabschiedet wurde. Es verpflichtet deutsche Unternehmen ab einer bestimmten Größe (initial mit über 3.000, später ab 1.000 Arbeitnehmern), ihre internationalen Lieferketten auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstöße hin zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, um diese Risiken zu minimieren. Das Gesetz ist eine Reaktion auf eine Reihe von Fällen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung in globalen Lieferketten und soll sicherstellen, dass deutsche Unternehmen ihrer Verantwortung für ihre Lieferketten gerecht werden und zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung beitragen. Mit dem LkSG werden die betroffenen Unternehmen konkret verpflichtet, eine Risikoanalyse ihrer Lieferketten durchzuführen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstöße in ihren Lieferketten zu vermeiden. Dazu gehören unter anderem die Einführung von Überwachungs- und Kontrollmechanismen, die Schulung von Mitarbeitern und die Zusammenarbeit mit Lieferanten und anderen Beteiligten in der Lieferkette.

IX. Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK) ist ein freiwilliger Regelkatalog (sog. „Softlaw“) für börsennotierte Unternehmen in Deutschland, der – einbezogen über § 161 AktG – Empfehlungen für eine gute Unternehmensführung und -kontrolle gibt. Der Kodex wurde erstmals im Jahr 2002 von der Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex“ veröffentlicht und wird seitdem regelmäßig aktualisiert. Die Entstehung des DCGK war eine Reaktion auf eine Reihe von Corporate-Governance-Skandalen in den 1990er Jahren, die das Vertrauen der Anleger in die Integrität der Unternehmen erschüttert hatten. Der Kodex soll dazu beitragen, das Vertrauen in das deutsche Corporate Governance-System zu stärken und eine Kultur der Unternehmensverantwortung zu fördern. Der DCGK enthält Empfehlungen zu Themen wie Vorstand und Aufsichtsrat, Trans-

I. Einleitung

parenz und Rechenschaftspflicht, Vergütung, Offenlegung und Compliance. Die Einhaltung des Kodex ist zwar freiwillig, aber in Deutschland (auch unter nicht-börsennotierten Unternehmen) weit verbreitet, da Unternehmen damit ihre Transparenz und Glaubwürdigkeit verbessern und das Vertrauen der Investoren und Kunden gewinnen können. Zudem müssen jedenfalls börsennotierte Unternehmen im Jahresabschluss angeben, ob sie dem DCGk entsprechen und wenn nicht, warum sie dies nicht tun (sg. „Comply-or-Explain Prinzip“). Die Einhaltung des Kodex ist damit ein wichtiger Bestandteil der Compliance-Anforderungen für börsennotierte Unternehmen in Deutschland. Mit seiner Aktualisierung im Jahr 2022 wurde der Kodex zudem in Sachen Nachhaltigkeit wesentlich angepasst und erweitert und reflektiert seitdem auch die gestiegenen gesetzlichen Anforderungen an Unternehmen, was ESG betrifft.

X. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist ein Bundesgesetz, das im Jahr 2006 in Kraft getreten ist und die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexueller Identität verbietet. Es hat seine Wurzeln in der europäischen Anti-Diskriminierungsrichtlinie aus dem Jahr 2000 und will sicherstellen, dass Menschen in Deutschland gleichbehandelt werden, unabhängig von ihren persönlichen – jedenfalls weitgehend unveränderlichen – Merkmalen. Das Gesetz verbietet nicht nur Diskriminierung im Arbeitsleben, sondern auch in anderen Bereichen wie Bildung, Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, sowie beim Wohnen. Es legt insoweit fest, dass es verboten ist, eine Person wegen ihrer persönlichen Merkmale zu benachteiligen oder ihr eine ungünstigere Behandlung zukommen zu lassen, als anderen Personen in vergleichbaren Situationen. Das Gesetz enthält auch Regelungen zur Beweislastumkehr, d. h. die betroffene Person muss keine Beweise für die Diskriminierung vorbringen, sondern es liegt in der Verantwortung des Beschuldigten, nachzuweisen, dass keine Diskriminierung vorliegt.

XI. Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)

Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) ist ein Bundesgesetz, das im Jahr 2019 verabschiedet wurde, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens in Deutschland umzusetzen und den Klimawandel zu bekämpfen. Es ist im Rahmen der Energiewende in Deutschland entwickelt worden, um den Übergang von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien zu fördern und die Energiewende voranzutreiben. Das Gesetz zielt darauf ab, den Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland zu reduzieren und so einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Das Gesetz legt insbesondere verbindliche Klimaschutzziele fest und sieht vor, dass die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 80-95 % im Vergleich zum Jahr 1990 reduziert werden sollen. Das KSG setzt damit verbindliche jährliche Emissionsminderungsziele für einzelne Sektoren, wie beispielsweise Energie, Verkehr und Landwirtschaft. Die Ziele werden von einem unabhängigen Gremium überwacht und überprüft, das dem Bundesumweltministerium untersteht. Das Gremium kann bei Nichterfüllung der Ziele auch Sanktionen vorschlagen.

XII. Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist ein deutsches Bundesgesetz, das 2012 in Kraft getreten ist und die Abfallwirtschaft in Deutschland regelt. Ziel des Gesetzes ist es, Abfälle zu vermeiden, zu reduzieren und umweltverträglich zu entsorgen. Das KrWG setzt dabei

auf ein Konzept der Kreislaufwirtschaft, bei dem Abfälle als Rohstoffe betrachtet werden, die in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden können.

Das Gesetz schreibt unter anderem vor, dass Abfälle so weit wie möglich vermieden werden müssen und dass Recycling und Verwertung Vorrang gegenüber der Beseitigung haben. Es regelt auch die Zuständigkeiten der Behörden und die Überwachung von Entsorgungsbetrieben.

Das KrWG ist eine wichtige gesetzliche Grundlage für den Umweltschutz und die Ressourcenschonung in Deutschland. Es fördert eine nachhaltige und ressourceneffiziente Abfallwirtschaft und setzt Anreize für die Entwicklung von Kreislaufwirtschaftskonzepten. Durch das Gesetz werden auch die EU-Abfallrichtlinien in nationales Recht umgesetzt.

XIII. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ist ein Bundesgesetz, das im Jahr 1974 verabschiedet wurde und seither mehrfach novelliert wurde. Es hat zum Ziel, Mensch und Umwelt vor schädlichen Einwirkungen durch Luftverschmutzung, Lärmbelastungen, Strahlung und Abfall zu schützen.

Das BImSchG legt im Detail fest, welche Anlagen oder Aktivitäten eine Genehmigung benötigen und welche Emissions- oder Immissionswerte eingehalten werden müssen. Es enthält auch Vorschriften zur Überwachung der Einhaltung dieser Werte und zur Durchsetzung von Sanktionen bei Verstößen.

Obwohl das Gesetz auf Immissionen insgesamt abstellt (also auch z. B. Lärm), hat sich das BImSchG zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Umweltschutzgesetzgebung entwickelt und hat im Laufe der Jahre erhebliche Auswirkungen auf die Industrie- und Energiewirtschaft in Deutschland entfaltet. Dabei wurde es in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Energiewende und der Reduzierung von Treibhausgasemissionen in Deutschland angepasst und spielt damit eine wichtige Rolle bei der Förderung des Umweltschutzes und der Durchsetzung von Umweltauflagen und -standards.

XIV. EU-Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung-VO (EMAS-VO)

Das Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) ist ein freiwilliges Umweltmanagement- und Zertifizierungssystem, das im Jahr 1993 von der EU eingeführt wurde. EMAS ermöglicht es Unternehmen, ihre Umweltleistung durch einen kontinuierlichen Verbesserungszyklus zu bewerten, zu verwalten und zu verbessern, der die Planung, Umsetzung, Überprüfung und Verbesserung der Umweltleistung umfasst. Das System ist heute international als glaubwürdiges Umweltmanagement- und Zertifizierungssystem anerkannt und wird oft in Kombination mit anderen Nachhaltigkeitszertifizierungen wie der ISO 14001 verwendet. Die EMAS-VO wurde im Jahr 2009 verabschiedet und legt die Anforderungen fest, die Unternehmen und Organisationen erfüllen müssen, um sich in EMAS eintragen zu lassen und das EMAS-Zertifikat zu erhalten, das als Anerkennung ihrer Umweltleistung und ihres Engagements für Nachhaltigkeit dient. Die Vorschrift schafft damit einen Rahmen für die freiwillige Beteiligung von Unternehmen und Organisationen die in der EU tätig sind, am EMAS-System und verpflichtet sie, der Öffentlichkeit regelmäßig über ihre Umweltleistung zu berichten, umfassende Umweltprüfungen durchzuführen und ein Umweltmanagementsystem zu entwickeln.

XV. Umweltauditgesetz (UAG)

Das Umweltauditgesetz (UAG) ist ein Bundesgesetz, das im Jahr 1995 verabschiedet wurde, um Unternehmen und Organisationen bei der Verbesserung ihrer Umweltleistung zu unterstützen. Das Gesetz wurde im Rahmen des Umwelt-Audit-Programms der EU (EMAS) entwickelt und setzt die EMAS-Verordnung (vgl. oben) innerhalb Deutschlands um. Das Ziel des UAG ist es, Unternehmen und Organisationen zu ermutigen, Umweltmanagement-Systeme (UMS) einzuführen und sich an EMAS zu beteiligen. EMAS-Teilnehmer müssen einen Umweltbericht erstellen, der der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und regelmäßig aktualisiert wird. Der Umweltbericht enthält Informationen über Umweltauswirkungen, Umweltmanagementmaßnahmen und Fortschritte bei der Umsetzung des Umweltmanagementsystems. Das UAG gilt für alle Unternehmen und Organisationen in Deutschland, die sich an EMAS beteiligen möchten, unabhängig von ihrer Größe oder Branche. Um sich für EMAS zu qualifizieren, müssen Unternehmen einen Umweltbericht erstellen, der nach den Anforderungen von EMAS verifiziert wurde. Der Bericht muss auch vom Umweltgutachterausschuss genehmigt werden, bevor das Unternehmen das EMAS-Logo verwenden und sich als EMAS-Teilnehmer registrieren darf.

XVI. Konfliktmaterialien-VO

Die EU-Verordnung über Konfliktmineralien ist eine Verordnung, die darauf abzielt, den Handel mit Mineralien und Metallen zu verhindern, die bewaffnete Konflikte und Menschenrechtsverletzungen in konfliktbetroffenen und hochgefährdeten Gebieten auf der ganzen Welt finanzieren. Sie wurde über einen Zeitraum von mehreren Jahren entwickelt, beginnend mit einem Vorschlag der Europäischen Kommission im Jahr 2014. Der endgültige Text der Verordnung wurde im Jahr 2017 vom Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union angenommen und trat im Januar 2021 in Kraft. Sie gilt für EU-Importeure von bestimmten Mineralien, die häufig in Elektronik, Schmuck und anderen Produkten verwendet werden. Sie verpflichtet die Unternehmen, ihre Lieferketten mit der gebotenen Sorgfalt zu prüfen und die Risiken ihrer Mineralienbeschaffungspraktiken zu bewerten. Wenn die Due-Diligence-Prüfung eines Unternehmens ergibt, dass seine Mineralien aus Konflikt- oder Hochrisikogebieten stammen, muss das Unternehmen Maßnahmen ergreifen, um diese Risiken zu mindern. Damit sollen verantwortungsvolle Beschaffungspraktiken gefördert und die nachhaltige Entwicklung in Bergbaugemeinden unterstützt werden. Unternehmen, die entsprechende Mineralien in die EU einführen, sind verpflichtet, die Richtlinie einzuhalten und den zuständigen Behörden ihres Mitgliedstaats über ihre Sorgfaltspflicht zu berichten.

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)*

**Progress towards the Sustainable Development Goals:
Towards a Rescue Plan for People and Planet
Report of the Secretary-General**

I. Promise in peril

1. Leave no one behind. That defining principle of the 2030 Agenda for Sustainable Development is a shared promise by every country to work together to secure the rights and well-being of everyone on a healthy, thriving planet. But halfway to 2030, that promise is in peril. The Sustainable Development Goals (SDGs) are disappearing in the rear-view mirror – and with them the hope and rights of current and future generations. A fundamental shift is needed – in commitment, solidarity, financing and action – to put the world on a better path. And it is needed now.

2. We can do better, and in moments of severe challenge, humanity has always come through. Now is another of those moments. The SDG Summit, in September 2023, must signal a genuine turning point. It must mobilize the political commitment and breakthroughs our world desperately needs. It must right the historic injustices at the core of the international financial system to give the most vulnerable countries and people a fair chance at a better future. It must deliver a Rescue Plan for People and Planet.

A. Delivering on commitments: Where do we stand halfway to 2030?

3. Early efforts after the SDGs were adopted produced some favourable trends. Extreme poverty and child mortality rates continued to fall. Inroads were made against such diseases as HIV and hepatitis. Some targets for gender equality were seeing positive results. Electricity access in the poorest countries was on the rise and the share of renewables in the energy mix was increasing. Globally, unemployment was back to levels not seen since before the 2008 financial crisis. The proportion of waters under national jurisdiction covered by marine protected areas had more than doubled in five years. But it is clear now that too much of this progress was fragile and most of it was too slow. In the past three years, the COVID-19 pandemic, the war in Ukraine and climate-related disasters have exacerbated already faltering progress.

4. It's time to sound the alarm. At the mid-way point on our way to 2030, the SDGs are in deep trouble. A preliminary assessment of the roughly 140 targets with data show only about 12% are on track; close to half, though showing progress, are moderately or severely off track and some 30% have either seen no movement or regressed below the 2015 baseline.

5. Under current trends, 575 million people will still be living in extreme poverty in 2030 – and only about one third of countries will meet the target to halve national poverty levels. Shockingly, the world is back at hunger levels not seen since 2005 – and food prices remain higher in more countries than in the period from 2015-2019. The way things are going, it will take 286 years to close gender gaps in legal protection and remove discriminatory laws. And in the area of education, the impacts of years of underinvestment and learning

* <https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-04/SDG%20Progress%20Report%20Special%20Edition.pdf>.

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

losses are such that by 2030, some 84 million children will be out of school and 300 million children or young people who attend school will leave unable to read and write.

6. If ever there was an illumination of the short sightedness of our prevailing economic and political systems, it is the ratcheting up of the war on nature. A small window of opportunity is fast closing to limit global temperatures to 1.5 degrees and prevent the worst impacts of the climate crisis and secure climate justice for people, communities and countries on the frontlines of climate change. Carbon dioxide levels continue to rise – to a level not seen in 2 million years. At the current rate of progress, renewables will remain a mere fraction of our energy supplies in 2030, some 660 million people will remain without electricity and close to 2 billion will continue to rely on polluting fuels and technologies for cooking. So much of our lives and health depend on nature, yet it could take another 25 years to halt deforestation and vast numbers of species worldwide are threatened with extinction.

7. The lack of SDG progress is universal, but it is abundantly clear that developing countries and the world's poorest and most vulnerable people are bearing the brunt of our collective failure. This is a direct result of global injustices that go back hundreds of years but are still playing out today. Compounding climate, COVID and economic injustices are leaving many developing countries with fewer options and even less resources to make the SDGs a reality.

B. Breaking through to a better future for all

8. We cannot simply continue with more of the same and expect a different result. We cannot persist with a morally bankrupt financial system and expect developing countries to meet targets that developed countries met with far fewer constraints. The 2030 Agenda stated that this generation could be the first to succeed in ending poverty—and the last to have a chance of saving the planet. This higher purpose remains within our grasp, but it requires an unprecedented effort by individual governments, a renewed sense of common purpose across the international community and a global alliance for SDG action across business, civil society, science, young people, local authorities and more. It requires that we come together in September to deliver a Rescue Plan for People and Planet.

9. Building on the evidence captured in the Global Sustainable Development Report and on the lessons since 2015, this report identifies a series of urgent actions for your consideration in five key areas:

10. First, I urge Heads of State and Government to recommit to seven years of accelerated, sustained and transformative action, both nationally and internationally, to deliver on the promise of the SDGs.

11. This calls for the strengthening of social cohesion to secure dignity, opportunity and rights for all while reorienting economies through green and digital transitions and towards resilient trajectories that are compatible with the 1.5 degrees goal of the Paris Agreement. It calls for a once in a generation commitment to overhaul the international financial and economic system so that it responds to today's challenges, not those of the 1940s as well as unprecedented collaboration among G20 members and support for all developing countries to advance SDG and climate action.

12. I encourage Member States to adopt an ambitious and forward-looking Political Declaration and to present global and national commitments for SDG Transformation at the SDG Summit.

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

13. Second, I call on governments to advance concrete, integrated and targeted policies and actions to eradicate poverty, reduce inequality and end the war on nature, with a particular focus on advancing the rights women and girls and empowering the most vulnerable.

14. This means giving meaning to the commitment to leave no one behind by expanding social protection floors and access to essential services; creating job opportunities in the care, digital, and green economies; urgently tackling the profound crisis in education; strengthening action to advance gender equality, leveraging digital technologies to close divides; supporting the inclusion of persons displaced by crises; and tackling exclusion of marginalized groups, such as persons with disabilities.

15. I also urge leaders to embrace my Climate Acceleration Agenda to drive a just renewables revolution and secure climate justice for those on the frontlines of the climate crisis. We must also deliver on the Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework, work to further reduce risks from disasters, and build integrated and sustainable food, water and sanitation systems while making the right to a healthy environment a reality for all people.

16. Third, I urge on governments to strengthen national and sub-national capacity, accountability and public institutions to deliver accelerated SDG progress.

17. SDG delivery must become a central focus for national planning, oversight mechanisms and domestic budgets. Major investment is needed to strengthen public sector capacity and build appropriate digital infrastructure. Local and sub-national governments must be empowered and supported to bring SDG implementation to the ground level. An effective regulatory framework is needed to align private sector governance models with sustainable development objectives. A fresh push is needed to reap the data dividend and SDG monitoring, follow-up and review must be taken to the next level including by strengthening civic space and public engagement in policy and decision-making.

18. Fourth, to ensure developing countries can deliver in the above areas, I strongly encourage the international community to recommit this September to deliver on the Addis Ababa Action Agenda and to mobilize the resources and investment needed for developing countries to achieve the SDGs, particularly those in special situations and experiencing acute vulnerability.

19. In this regard, I encourage Member States to endorse and deliver an SDG Stimulus to the tune of \$500billion per year between now and 2030. This calls for immediate action to (i) tackle the high cost of debt and rising risks of debt distress, including by converting short-term, high interest borrowing into long-term (more than 30 year) debt at lower interest rates; (ii) massively scale up affordable long- term financing for development, especially through multilateral development banks (MDBs), rechannelling Special Drawing Rights and aligning all financing flows with the SDGs; and (iii) expand contingency financing to all countries in need.

20. I also call on Member States to recognize and address the need for deep reforms of the international financial architecture through a new Bretton Woods Moment, including by enhancing the voice and participation of developing countries in the governance of International Financial Institutions. This is of the essence to ensure the financial architecture delivers for all developing countries and secures urgent access to grants and long-term concessional finance as they transition to renewable energy-based, climate-resilient, inclusive economies. It requires building on lessons from recent efforts to mobilize private finance including by revising risk appetite and the criteria used by Credit Rating Agencies and adjusting policies and instruments.

21. Finally, I urge member states to facilitate the continued strengthening of the UN development system and to boost the capacity of the multilateral system to tackle emerging

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

challenges and address SDG related gaps and weaknesses in the international architecture that have emerged since 2015.

22. The UN development system continues to play a crucial role in supporting countries to deliver their national SDG ambitions. The system's offer has evolved considerably since 2015, enabled by the most ambitious reforms in decades. I will continue to work with Principals across the system to further strengthen our offer. I urge Member States to continue to support the contribution of UN Resident Coordinators and Country Teams by delivering against the funding compact, ensuring the Resident Coordinator system is fully funded and further capitalizing the Joint SDG Fund.

23. Many of the proposals in Our Common Agenda are already supporting SDG acceleration. I call on Member States, through the forthcoming Summit of the Future, to build on the commitment and direction provided by the SDG Summit to ensure progress in other areas of particular importance for SDG progress including reforming the international architecture, going Beyond GDP, strengthening digital cooperation, boosting youth participation in decision-making, transforming education, establishing an emergency platform and advancing a new agenda for peace. Further action is also needed to boost developing country capacities in the area of trade and technology, to align global trading rules with the SDGs and to establish more efficient and effective technology transfer mechanisms.

24. History has shown that the worst hardships can be overcome through human determination, solidarity, leadership and resilience. The destruction of World War II was followed by new forms of solidarity and cooperation through the United Nations and the Marshall Plan. This period also brought advances in global positioning systems, modern air travel and satellite communications and accelerated decolonization. Preventing widespread hunger and starvation in the 1960s galvanized investment in agriculture and the green revolution. Other more recent examples include the global responses to fight HIV/AIDS and, in part, the surge in action and community to save lives and livelihoods during the COVID-19 pandemic.

25. These outcomes, by no means inevitable, resulted from unique combinations of purpose, solidarity, ingenuity and technology. This moment of peril demands a similar response if we are to deliver on our 2015 promise.

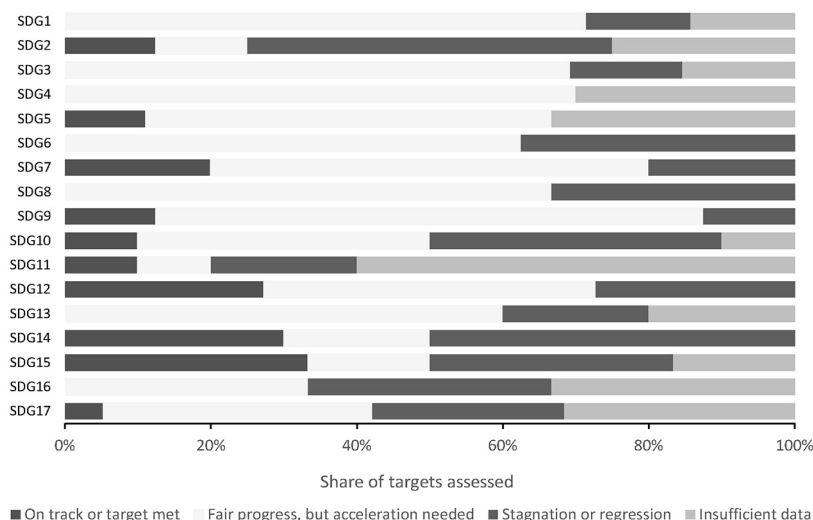
II. Sounding the alarm: SDG Progress at the mid-way point

26. At the midpoint of implementation of the 2030 Agenda, the world is not on track to meet most of the Goals by 2030. There has been progress in some areas, however, progress against a very worrying proportion of targets is either moving much too slowly or has regressed.

27. This section provides an overview of progress under each goal with brief assessment for selected targets. Global and regional data and assessments for all targets and indicators for which information is available can be found in the statistical annex.¹

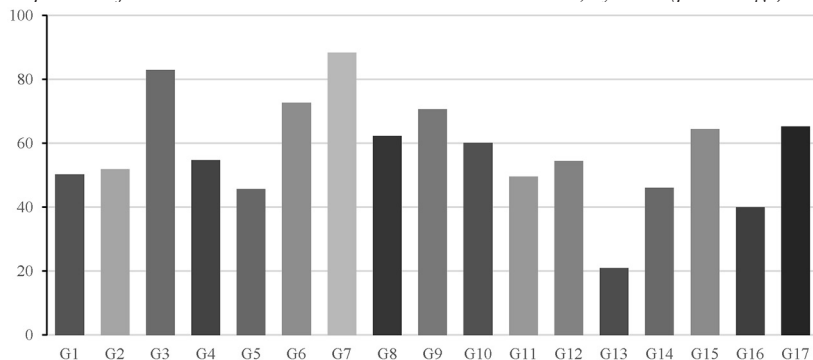
II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

Progress assessment for the 17 Goals based on assessed targets, 2023 or latest data



28. The picture is incomplete due to persistent challenges in securing timely data across all 169 targets. While progress has been made in improving data for SDG monitoring, with the number of indicators included in the global SDG database increasing from 115 in 2016 to 225 in 2022, there are still significant gaps in geographic coverage, timeliness, and disaggregation. The chart below indicates that for 9 of the 17 SDGs, only around half of the 193 countries or areas have internationally comparable data since 2015, and only around 21 % of countries have data for SDG13 (climate action). About 8 % of latest available data are from 2023, 21 % are from 2022, and 54 % are from 2021 and 2020. In the coming period, country profiles on SDG progress, together with an overview of data availability against the SDGs in every country will be shared with all Member States. Closing data gaps to reap the data dividend will be a key priority for the UN system in advance of the SDG Summit and beyond.

Proportion of countries or areas with available data since 2015, by Goal (percentage)



II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

Goal 1. End poverty in all its forms everywhere

29. Since 2015, global poverty reduction was already slowing down and the impacts of the COVID-19 pandemic reversed three decades of steady progress with the number of people living in extreme poverty increasing for the first time in a generation.

Recovery from the pandemic has been slow and uneven as the world is presently facing multiple geopolitical, socioeconomic, and climatic risks. Given current trends, 575 million people (nearly 7% of the world's population) will still be living in extreme poverty in 2030 compared to 800 million in 2015 (or 10.8%). Eradicating extreme poverty will be particularly difficult in sub-Saharan Africa and conflict-affected areas. Despite the expansion of social protection during COVID-19, over 4 billion people globally remain entirely unprotected. A surge in action and investment to enhance job opportunities and extend social services to the most excluded is crucial to delivering on the central commitment to ending poverty.

- **Target 1.1:** Since 2019, 70 million more people were pushed back into extreme poverty – currently defined as those who live on less than \$2.15 per person per day at 2017 purchasing power parity. The rate increased from 8.5% in 2019 to 9.3% in 2020. By the end of 2022, nowcasting suggests 8.4% of the world population or as many as 670 million people could still be living in extreme poverty today and that the figure will drop to 575 million by 2030 – a fall of less than 30% since 2015.
- **Target 1.2:** Given historical trends, only one-third of countries will have halved their national poverty rates by 2030 from 2015.
- **Target 1.3:** By 2020, only 47% of the global population was effectively covered by at least one social protection cash benefit, slightly improved from 45% in 2015. Only 26% of children under 15 received a social protection benefit; only one in three persons with severe disabilities worldwide receive a disability benefit; only 35% of workers are covered in case of work injury; and only 18.6% of unemployed workers worldwide are effectively covered.
- **Target 1.4:** Shifting public resources towards essential services is one of the key policy interventions for reducing poverty and building a better social safety net. The 2021 data for 100 countries shows that the global average proportion of total government spending on essential services is approximately 53%, with an overall average of 62% for advanced economies and 44% for emerging market and developing economies.

Goal 2. End hunger, achieve food security and improved nutrition and promote sustainable agriculture

30. The number of people facing hunger and food insecurity has been on the rise since 2015, with the pandemic, conflict climate change and growing inequalities exacerbating the Situation. In 2015, 589 million people were experiencing hunger, and by 2021, that number had risen to 768 million. Projections show that by 2030, approximately 670 million people will still be facing hunger – 8% of the world's population, the same as in 2015. Despite global efforts, too many children continue suffering from malnutrition and the current annual rate of reduction in stunting must increase by 2.2 times to meet the global target. To achieve zero hunger by 2030, immediate and intensified efforts are required to transform food systems, ensure food security and invest in sustainable agricultural practices.

- **Target 2.1:** The COVID-19 pandemic exacerbated an already deteriorating food security situation, with about 150 million more people facing hunger in 2021 than in 2019. In addition, nearly 1 in 3 (2.3 billion people) were moderately or severely food insecure

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

in 2021. This represents an increase of almost 350 million people since the beginning of the pandemic. The most worrisome increases were seen in sub-Saharan Africa. The ongoing crisis in Ukraine is yet another threat to food security.

- **Target 2.2:** Globally in 2022, an estimated 22.3 % of children under age 5 (148 million) were affected by stunting, down from 24.6 % in 2015. Overweight affected 37.0 million children under age 5 (or 5.6 %) and wasting affected 45 million (or 6.8 %) in 2022. The global prevalence of overweight children has stagnated, and if current trends continue, the 2030 target will be missed by 17.5 million children. Further, the prevalence of anaemia in women of reproductive age continues to be alarming, stagnant at around 30 % since 2000. And low and lower-middle income economies bear the greatest burden of stunting, wasting, low birth weight and anaemia.
- **Target 2.5:** Although 71 % of local livestock breeds with a known status are at risk of extinction, progress has been made in ex-situ cryopreservation: Between 1995 and 2022, the number of local and transboundary breeds for which sufficient material is available increased from 57 to 287 (out of 7688 local breeds) and from 31 to 175 (out of 1115 transboundary breeds), respectively. At the end of 2021, an estimated 5.8 million accessions of plant genetic resources for food and agriculture were conserved under medium- or long-term conditions in 846 gene banks in 115 countries and 17 regional and international research centres, representing a 1.1 % year-on-year increase in 2021.
- **Target 2.a:** Investment in agriculture is falling. Government expenditure on agriculture relative to the agriculture sector's contribution to GDP has declined from 0.50 in 2015 to 0.45 in 2021 in all regions except Northern America and Europe, which was driven mostly by the COVID-19 pandemic response.
- **Target 2.b:** In December 2015, WTO Members adopted the Ministerial Decision on Export Competition, thus formally agreeing to eliminate all forms of agricultural export subsidies entitlements. Total notified annual export subsidy outlays fell from their peak of 218 million in 2015 to almost zero in 2021.
- **Target 2.c:** In 2021, the share of countries facing moderately to abnormally high food prices was 21.5 %, a significant decline from the record-high of 48 % in 2020, when the easing of COVID-19 related restrictive measures prompted strong demand. However, this is still above the 2015-2019 average (15.2 %), reflecting continued increases in food prices, mainly supported by elevated production and transport costs on account of costlier fertilizers and energy. In sub-Saharan Africa and among LDCs, the proportion of countries experiencing high food prices increased for the second consecutive year in 2021.

Goal 3. Ensure healthy lives and promote well-being for all at all ages

31. The pandemic and other ongoing crises are hindering progress in achieving SDG3, exacerbating existing health inequalities and threatening progress towards universal health coverage. As a result, 68 million children are known to be un- or under-vaccinated as of 2022 from TB and malaria increased. This has been particularly challenging in low- and middle- income countries, where health systems were already under-resourced before the pandemic. The pandemic has also highlighted the need for stronger global health security systems to prevent and respond to future pandemics. Overcoming these setbacks and dealing with longstanding shortcomings in health-care provision requires an urgent strengthening of health systems.

- **Target 3.1:** The global maternal mortality ratio decreased only from 227 maternal deaths per 100,000 live births in 2015 to 223 in 2020, still over three times higher than

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

the target of 70 maternal deaths by 2030. This means that almost 800 women are still dying from preventable causes related to pregnancy and childbirth every day. Almost 95% of these deaths occurred in low and lower-middle-income countries. The global average annual rate of reduction was only 0.04% in the period of 2016-2020, significantly lower than the 2.7% rate in 2000-2015. To meet the target, the annual rate of reduction needs to increase to 11% between 2020 and 2030. In 2022, 86% of global births were attended by skilled health personnel, which increased from 81% in 2015, but coverage in sub-Saharan Africa was only 70%.

- **Target 3.2:** Between 2015 and 2021, the global under-5 mortality rate fell by 12% from 43 deaths per 1,000 live births in 2015 to 38 deaths and the global neonatal mortality rate fell from 20 to 18 deaths. In 2021, 5 million children died before reaching their fifth birthday—down from 6.1 million in 2015. Of 200 countries and areas analysed, only 54 countries are not on track to meet the target of lower than 25 deaths per 1,000 live births. Among these countries, 37 countries will need to more than double their current rate of progress or reverse a recent increasing trend to achieve the SDG target by 2030.
- **Target 3.3:** Progress towards the SDG target of ending communicable diseases by 2030 remains off course even though progress varies across different diseases. a) Tremendous progress has, for instance, been made in reducing new HIV infections, particularly in the highest-burden regions: the estimated 1.5 million new HIV infections in 2021 was almost one-third fewer than in 2010. This is however still far from the 2025 target of fewer than 370,000 new HIV infections as agreed by the UN General Assembly in 2021. b) In 2021, an estimated 1.6 million people died from TB and 10.6 million people fell ill with TB, an increase from 10.1 million in 2020. The TB incidence rate rose by 3.6% between 2020 and 2021, reversing declines of about 2% per year for most of the previous two decades. Between 2015 and 2021, the net reductions in TB incidence and TB death were 10% and 5.9%, respectively, only one-fifth and one-tenth of the way to the 2025 milestone of WHO's End TB Strategy. c) There were an estimated 247 million malaria cases globally in 2021, compared to 224 million in 2015. There were an estimated 619,000 malaria deaths globally in 2021 compared to 625,000 in 2020 and 568,000 in 2019. d) Despite significant disruptions caused by COVID-19, the global number of people requiring treatment and care for neglected tropical diseases (NTDs) declined from 1.8 billion in 2015 to 1.65 billion in 2021. Notably, in LDCs, 47% of the total population required NTD treatment and care in 2021, down from 79% in 2010.
- **Target 3.7:** The proportion of women of reproductive age (15-49 years) who have their need for family planning satisfied with modern contraceptive methods has been increasing slightly from 76.5% in 2015 to 77.6% in 2023 and is projected to reach 78.2% by 2030 – strong progress but still not sufficient to meet the target of ensuring universal access to sexual and reproductive health-care services by 2030. Sub-Saharan Africa has witnessed the largest increase from 51.6% to 57.4% for this period and is expected to increase to 62.1% by 2030.
- **Target 3.b:** The percentage of children who received three doses of the vaccine against diphtheria, tetanus and pertussis (DTP3) fell 5 percentage points between 2019 and 2021 to 81%, causing the largest sustained decline in childhood vaccinations in approximately 30 years. As a result, 25 million children missed out on one or more doses of DTP through routine immunization services in 2021 alone. This is 2 million more than those who missed out in 2020 and 6 million more than in 2019. The global coverage of the last dose of human papillomavirus (HPV) vaccine, targeting 9-14 years old girls to prevent cervical cancer, was only 12% in 2021.

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

- **Target 3.c:** A 2020 study shows that the projected global shortage of health workers by 2030 has reduced from 18 million to 10 million. Despite the tremendous increase in health workforce globally, regions with the highest burden of disease continue to have the lowest proportion of health workforce to deliver health services. According to data from 2014-2021, sub-Saharan Africa continues to have the lowest health worker density, with only 2.3 medical doctors and 12.6 nursing and midwifery personnel per 10,000 population. In contrast, Europe has the highest density of 39.4 doctors per 10,000 population, while North America has 152 nursing and midwifery personnel per 10,000 population.

Goal 4. Ensure inclusive and equitable quality education and promote lifelong learning opportunities for all

32. Even before the COVID-19 pandemic, the world was already off-track to achieve its education targets. If no additional measures are taken, only one in six countries will meet SDG4 and achieve universal access to quality education by 2030. An estimated 84 million children and young people will still be out of school and an estimated 300 million student will still not have the basic numeracy and literacy skills they need to succeed in life. To deliver SDG4, education systems must be re-imagined, and education financing must become a priority national investment.

- **Target 4.1:** Between 2015 and 2021, the school completion rate increased from 85 % to 87 % in primary, from 74 % to 77 % in lower secondary and from 54 % in 2015 to 58 % in upper secondary education. Even before the onset of COVID- 19, these rates had slowed down relative to progress in 2010-15. Looking closely at reading levels at the end of primary school, for which trend data cover 34 % of the world's children, the analysis shows that global learning levels showed no progress between 2015-2019. Furthermore, learning losses due to COVID-related school closures have been documented in 4 out of 5 of the 104 countries that have carried out such studies.
- **Target 4.2:** Participation rate in organized learning one year before the official primary entry age has stagnated at around 75 % since 2015, still far from the target of ensuring that all girls and boys have access to quality pre-primary education by 2030.
- **Target 4.3:** Among 131 countries with data from 2017 onwards, on average approximately one in six youth and adults aged 15-64 recently participated in formal or non-formal education and training. Participation is substantially higher among youth aged 15-24 (40 %-50%), compared to those aged 25-55 (only 5 % for most regions).
- **Target 4.a:** Basic school infrastructure is far from universal. In 2020, approximately a quarter of primary schools globally do not have access to basic services such as electricity, drinking water and basic sanitation facilities. For other facilities such as computer facilities and the provision of disability- adapted infrastructure, figures are substantially lower, with around 50 % of primary schools with access.
- **Target 4.c:** Globally, in 2020, over 14 % of teachers are still not qualified according to national norms, with little improvement since 2015.

Goal 5. Achieve gender equality and empower all women and girls

33. The world is not on track to achieve gender equality by 2030. At the global level, none of the 18 indicators “met or almost met” the targets and only one is “close to target”. At the current rate of progress, it is estimated that it will take up to 286 years to close gaps in

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

legal protection and remove discriminatory laws, 140 years for women to be represented equally in positions of power and leadership in the workplace, and 47 years to achieve equal representation in national parliaments. Cascading global crises have highlighted and exacerbated existing gender inequalities, such as unequal access to healthcare, education, and economic opportunities. Political leadership and a comprehensive set of policy reforms are needed to dismantle systemic barriers to the achievement of SDG4.

- **Target 5.1:** Based on data collected in 2022 in 119 countries, 55% of the countries lacked laws that prohibit direct and indirect discrimination against women; half of the countries continued to lack quotas for women in the national parliament; 60% of the countries failed to have laws defining rape based on the principle of consent; 45% of countries did not mandate equal remuneration for work of equal value; over a third of countries failed to provide maternity leave in accordance with ILO standards; almost a quarter of countries did not grant women equal rights with men to enter into marriage and initiate divorce; and close to three-quarters of countries failed to stipulate 18 years as the minimum age of marriage for women and men, with no exceptions.
- **Target 5.3:** One in five young women worldwide (19%) were married in childhood in 2022. Globally, the prevalence of child marriage has declined from 21% in 2016. However, the profound effects of COVID-19 are threatening this progress, with up to 10 million additional girls at risk of child marriage over the course of a decade from the onset of the pandemic.
- **Target 5.5:** As of 1 January 2023, women held 26.5% of seats in lower and single chambers of national parliaments, up from 22.3% in 2015. At the local level, women held 35.4% of seats in deliberative bodies, up from 33.9% in 2020. At this pace, parity in such bodies cannot be achieved by 2030. Also, gender parity in political institutions continues to be rare: only six countries had 50% or more women in their lower/single chambers of national parliaments and 3 in local legislatures. Globally, women held only 28.2% of management positions in 2021 (up just 1% since 2015), although they accounted for almost 40% of total employment.
- **Target 5.6:** Based on data from 68 countries for 2007-2022, only 56% of married or in-union women aged 15 to 49 make their own decisions regarding sexual and reproductive health and rights, ranging from an average of 37% in sub-Saharan Africa to over 80% in some countries in Europe and Latin America and the Caribbean. Among the 115 countries with data in 2022, countries have in place, on average, 76% of the laws and regulations needed to guarantee full and equal access to sexual and reproductive health and rights.
- **Target 5.a:** Available data from 46 countries for 2009-2020 show that many women and men involved in agricultural production lack ownership and/or secure tenure rights over agricultural land. In one third of the countries, less than 50% of women and men have ownership or secure rights over agricultural land. The share of men having ownership is at least twice that of women in almost half of the countries. Of the 68 countries that reported on women's rights to land ownership and/or control in legal frameworks, by 2022, about 31% protect women's land rights considerably (a score of at least 5 out of 6), while 47% poorly protect women's land rights (a score of 3 out of 6 or below).
- **Target 5.b:** Globally, 73% of the population aged 10 and over owned a mobile phone in 2022, up from 67% in 2019. Women were about 12% less likely to own mobile phones than men—the gap virtually unchanged from 2019.
- **Target 5.c:** Based on data reported by 105 countries and areas for 2018-2021, 26% of countries globally have comprehensive systems in place to track and make public alloca-

tions for gender equality, 59% have some features of a system in place, and 15% do not have minimum elements of these systems.

Goal 6. Ensure availability and sustainable management of water and sanitation for all

34. Billions of people still lack access to safe water, sanitation, and hygiene, despite improvement in the provision of these basic Services. Water scarcity is a growing problem in many parts of the world, and conflicts and climate change are exacerbating the issue. In addition, water pollution is a significant challenge which affects both human health and the environment in many countries. Achieving universal coverage by 2030 will require a 6-fold increase in current global rates of progress on drinking water, a 5-fold increase for sanitation, and an 8-fold increase for hygiene. Boosting infrastructure investment, improving cross-sectoral coordination, and addressing climate change is key to getting SDG6 back on track.

- **Targets 6.1 and 6.2:** Despite progress, 2.2 billion people still lacked safely managed drinking water services, 3.4 billion lacked safely managed sanitation services, and 1.9 billion lacked basic hygiene services in 2022. While the majority live in rural areas, the unserved population is decreasing in rural areas and stagnating or increasing in urban areas. Achieving universal coverage by 2030 will require an increase of 5 to 8 times the current rate.
- **Target 6.3:** An estimated 58% of wastewater generated by households was safely treated in 2022, based on data from 140 countries and territories. Trends for domestic wastewater suggest that little, if any, progress is being made towards the target of halving the proportion of unsafe discharges by 2030.
- **Target 6.4:** Water use efficiency rose from \$17.4/m³ in 2015 to \$18.9/m³ worldwide in 2020, which represents a 9% efficiency increase. Around 57% of countries presented a water use efficiency equivalent to \$20/m³ or less in 2020, compared to 58% in 2015.
- **Target 6.4:** At the global level, water stress remains at a safe level of 18.2% in 2020, but this figure masks vast regional variations and indicates a 1.2% increase from 2015 to 2020. In 2020, water stress levels ranged from high in Southern Asia and Central Asia to critical in Northern Africa. The situation in Western Asia and Northern Africa is particularly concerning since it registered an 18% increase in water stress levels from 2015 to 2020.
- **Target 6.5:** One in two countries still lacks effective frameworks for sustainable water management. A lack of cross-sector coordination over water use, between agriculture, industry, energy production, and household supply, threatens the achievement of several SDGs, including those on food, energy, and life on land. While progress has been made globally since 2015—from 49/100 in 2017 to 54/100 in 2020—the rate of implementation needs to double to achieve the target.
- **Target 6.5:** Data from 2017 and 2020 show that only 32 out of 153 countries that share transboundary rivers, lakes, and aquifers have 90% or more of those waters covered by operational arrangements.
- **Target 6.6:** The extent of surface water bodies, including lakes, rivers, and reservoirs, is rapidly changing across the entire planet, with one in five river basins experiencing high (i.e. above natural) fluctuations in surface water during the last 5 years.
- **Target 6.a:** ODA disbursements to the water sector decreased between 2015 and 2021 from \$9.1 billion to \$7.8 billion, a decrease of 15%. Total ODA commitments to the wa-

II. United Nations Sustainable Development Goals (UN SDG)

ter sector have also reduced by 13 % from \$10.8 billion in 2015 to \$9.4 billion in 2021. Commitments peaked at \$13 billion in 2017 and have decreased every year since.

- **Target 6.b:** Since 2016, the percentage of countries having procedures for local community participation defined in law or policy has remained high (over 70%) for both rural drinking water and for water resources management. However, the percentage of countries with high levels of participation remains consistently low (under 40%).

Goal 7. Ensure access to affordable, reliable, sustainable and modern energy for all

35. Access to electricity and clean cooking fuels has improved in many parts of the world, but 675 million people are yet to be connected to the grids and 2.3 billion are still cooking with unsafe and polluting fuels. The war in Ukraine and global economic uncertainty continue to cause significant volatility in energy prices, leading some countries to raise investments in renewables and others to increase reliance on coal, putting the green transition at risk. If the current pace continues, about 660 million people will still lack access to electricity and close to 2 billion people will continue to rely on polluting fuels and technologies for cooking by 2030. To ensure access to energy for all by 2030, we must accelerate electrification, increase investments in renewable energy sources and invest in improving electricity grids.

- **Target 7.1:** The global population with access to electricity has increased from 87% in 2015 to 91% in 2021. The pace of electrification has rebounded between 2019 and 2021. However, the annual access growth of 0.6 percentage points in the recent period is lower than the 0.8 percentage points in 2015-19. As a result, 675 million people, majorly located in LDCs and sub-Saharan Africa, still lacked access in 2021.
- **Target 7.1:** In 2021, 71% of the global population had access to clean cooking fuels and technologies, up from 64% in 2015. In seven (all located in sub-Saharan Africa) of the 20 countries with the largest deficits, fewer than 10% of the population had access to clean fuels and technologies. The growing access deficit in sub-Saharan Africa, if not reversed, could dampen or undermine increasing trends in global access.
- **Target 7.2:** The share of renewable sources in total final energy consumption amounted to 19.1% globally in 2020, or 2.4 percentage points higher than in 2015. Part of this progression is due to lower final energy demand in 2020, as the pandemic disrupted social and economic activities worldwide. The electricity sector shows the largest share of renewables in total final energy consumption (28.2% in 2020) and has driven most of the growth in renewable energy use, while the heat and transport sectors have seen limited progress over the past decade.
- **Target 7.3:** The rate of improvement in primary energy intensity, which had already slowed in recent years, dropped to 0.6% in 2020. This makes it the worst year for energy intensity improvement since the global financial crisis. Annual improvement through 2030 must now average 3.4% to meet the target of SDG 7.3. This slowdown was influenced by a shift in the economic structure during Covid towards more energy-intensive industrial production, combined with only modest rates of technical efficiency improvements, in the context of low energy prices.
- **Target 7.a:** International public financial flows in support of clean energy in developing countries have a decreasing trend that started before the COVID-19 pandemic and continued through 2021. In 2021, they amounted to \$10.8 billion— an 11% drop from 2020. This was 35% less than the 2010-19 decade-long average, and less than half the 2017 peak of \$26.4 billion.

- **Target 7.b:** In 2021, there was a record-breaking installation of 268 Watts per capita of renewable capacity in developing countries, representing a year-on-year growth rate of 9.8%. However, even with this positive and accelerating growth, developing countries are not on track to meet SDG7 by 2030. Moreover, the positive global and regional trends hide the fact that the countries that are most in need of support are being left behind, even among developing countries.

Goal 8. Promote sustained, inclusive and sustainable economic growth, full and productive employment and decent work for all

36. Progress towards achieving SDG8 has been challenging and the world is far from reaching most of the targets. The lingering effects of COVID-19, cost-of-living crises, trade tensions, uncertain monetary policy paths, rising debts in developing countries, and the war in Ukraine can each significantly set back global economic growth. Combined, these crises are placing the global economy under a serious threat. Global real GDP per capita is forecast to slow down in 2023, putting at risk not just employment and income but also advances in equitable pay for women and decent work for young people. Achieving SDG8 will require a wholesale reform of our morally bankrupt financial system in order to tackle rising debts, economic uncertainties and trade tensions, while promoting equitable pay and decent work for young people.

- **Target 8.1:** Following a sharp decline of 4.1% in 2020, global real GDP per capita increased by 5.0% in 2021. However, growth in global real GDP per capita is forecast to slow down to 2.1% in 2022 and further to 1.0% in 2023, before recovering somewhat to a growth rate of 1.8% in 2024. The growth in real GDP of LDCs slowed down from 5% in 2019 to just 0.2% in 2020 before recovering to 2.6% in 2021. It is expected that the growth in real GDP of LDCs would strengthen to 4.3% in 2022 and to 4.4% and 5.4% in 2023 and 2024, respectively.
- **Target 8.2:** After a sharp decline in 2020 due to the COVID-19 pandemic, labour productivity rebounded in 2021 by 2.4%. Productivity growth slowed in 2022, increasing by only 0.5%. However, even before the onset of the COVID-19 pandemic, productivity growth had been slowing around the world. The latest estimates extend the downward growth trend, from an average annual rate of 1.8% between 2000-14 to 1.4% between 2015-22.
- **Target 8.3:** Globally, 58.0% of those employed were in informal employment in 2022, amounting to around 2 billion workers in precarious jobs, most lacking any form of social protection. Prior to the onset of the pandemic, the incidence of informal employment had been slowly declining and stood at 57.8% in 2019. The pandemic resulted in a disproportionate job loss for informal workers, particularly for women, in 2020. The subsequent recovery from COVID-19 has been driven by informal employment, which has caused a slight increase in the incidence of informality.
- **Target 8.5:** Equal treatment in employment, including fair and equitable earnings, is fundamental for achieving decent work for all. The median gender pay gap across 102 countries is approximately 14%. However, this calculation is only based on average hourly earnings, thus not controlling for characteristics such as the sector or occupation, educational level or amount of work experience.
- **Target 8.5:** The global unemployment rate declined significantly in 2022, falling to 5.8% from a peak of 6.9% in 2020 as economies began recovering from the shock of the COVID-19 pandemic. Despite an uncertain global economic outlook, unemployment is